

Bürger fordern mehr politisches Engagement

BAWÜ-CHECK Umfrage zeigt die Sorgen und Nöte der Baden-Württemberger – Hohe Anforderungen an die Bildungspolitik

Von unserem Redakteur
Jürgen Paul

Die Stimmung im Land ist aktuell nicht besonders gut. Beim jüngsten BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage zeigt sich, wo die Menschen im Südwesten derzeit der Schuh drückt.

Skepsis Nur jeder dritte Befragte blickt demnach mit Hoffnungen ins Jahr 2026. Jeweils 25 Prozent der Baden-Württemberger schauen mit Befürchtungen oder mit Skepsis in die nahe Zukunft. Die Allensbacher Forscher weisen darauf hin, dass zu Jahresbeginn lediglich rund jeder vierte Befragte zuversichtlich gestimmt war und der Anteil der Pessimisten damals höher war als jetzt. Die Menschen in Baden-Württemberg sind also insgesamt wieder etwas positiver gestimmt. Von einer echten Trendwende kann aber angesichts der wachsenden Sorgen nicht die Rede sein.

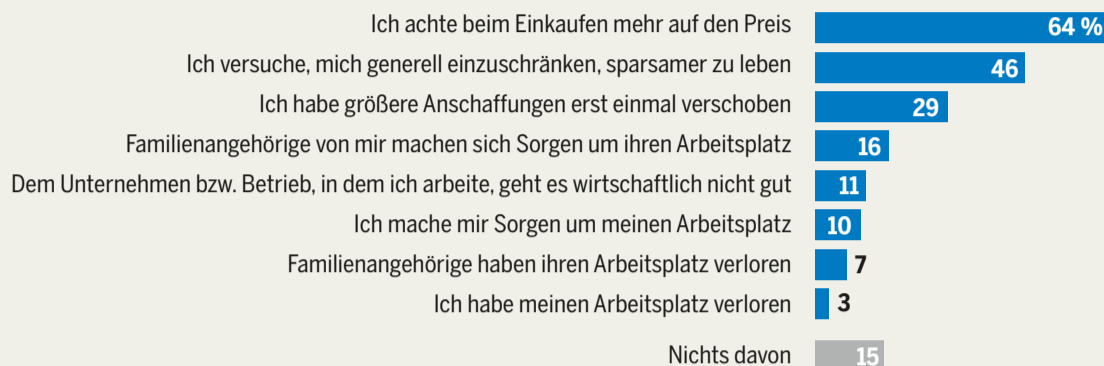
Autokrise Neben der Befürchtung nach persönlichen materiellen Verlusten (siehe Seite 1) treibt die Baden-Württemberger vor allem die Sorge um die kriselnde Automobilindustrie um. 45 Prozent der Befragten glauben der Umfrage zufolge, dass der Automobilstadt Stuttgart ein ähnlicher Niedergang droht wie der einstigen US-Autohauptstadt Detroit. 32 Prozent halten dieses Szenario dagegen für zu pessimistisch. Die Sorge um den Autostandort Baden-Württemberg spielt beim Autokauf aber keine entscheidende Rolle. 39 Prozent der Befragten geben an, deutsche Autos kaufen zu wollen, auch wenn sie teurer sind als ausländische Modelle, weil die Qualität stimmt. Aber ebenso viele Menschen würden sich für ein ausländi-

Meinung der Bevölkerung

Alle Angaben in Prozent

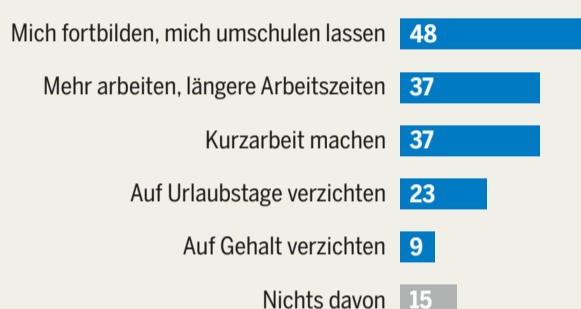
Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage auf das eigene Leben

Frage: „Wieweit spüren Sie selbst die Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage? Welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?“



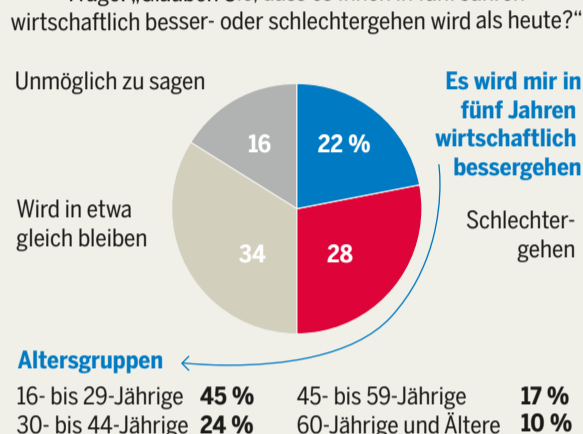
Bereitschaft, Einschränkungen für den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes hinzunehmen

Frage an Berufstätige: „Einmal angenommen, Ihr Arbeitsplatz wäre in Gefahr: Was würden Sie in Kauf nehmen, um Ihren Arbeitsplatz zu erhalten? Wozu wären Sie bereit?“



Wohlstandseinbußen?

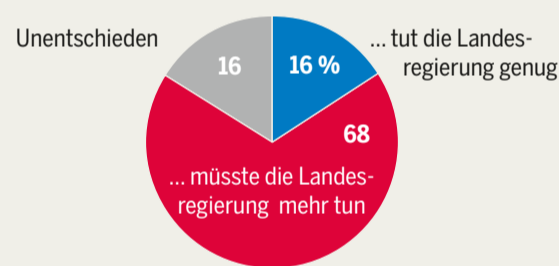
Frage: „Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser- oder schlechtergehen wird als heute?“



Die große Mehrheit fordert mehr Engagement der Landesregierung zur Stärkung des Standorts

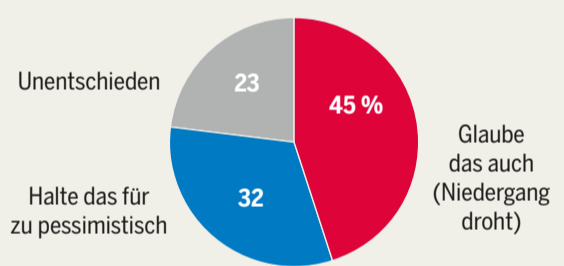
Frage: „Tut die Landesregierung Ihrer Meinung nach genug, um Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort zu stärken; oder müsste die Landesregierung hier mehr tun?“

Um Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort zu stärken ...



Stuttgart: ein zweites Detroit?

Frage: „Die Stadt Stuttgart hat lange von der guten Lage in der Automobilindustrie profitiert. Nun gibt es die Meinung, dass auch der Stadt Stuttgart ein wirtschaftlicher Niedergang droht, wenn die Lage in der Automobilindustrie sich nicht verbessert. Glauben Sie das auch, oder halten Sie das für zu pessimistisch?“



HST-Graphik, Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6195/1

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Schärfere Regeln für Fußfesseln beschlossen

STUTTART Angesichts der zunehmenden häuslichen Gewalt gegen Mädchen und Frauen sollen potenzielle Opfer künftig besser geschützt werden. Der baden-württembergische Landtag hat beschlossen, das Polizeigesetz zu verschärfen und Fußfesseln als Schutzmaßnahme auch außerhalb von Terrorfällen zu ermöglichen. Bislang hatte das Gesetz den Einsatz elektronischer Fußfesseln ausschließlich erlaubt, um Straftaten von Terroristen zu verhindern.

Nach dem Willen aller Landtagsfraktionen ist der Einsatz nach richterlichem Beschluss nun auch bei konkreten Gefahren durch Gewalttaten, Sexualdelikte oder Stalking möglich – etwa bei Tätern mit Kontakt- und Annäherungsverbot, die sich dennoch ihren Opfern nähern. Betroffene sollen über ein Empfangsgerät gewarnt werden, wenn sich der potenzielle Täter nähert. Sie können sich in Sicherheit bringen, während die Polizei automatisch alarmiert wird. Erweitert wurde der Gesetzentwurf noch um die Möglichkeit, sogenannte Bewegungsbilder zu erlauben. Dazu werden die Bewegungsdaten – meist des potenziellen Täters – aus den Daten der Fußfessel analysiert. *dpa*

Kurz notiert

Flucht endet in Kollision

KORNWESTHEIM Ein 15-Jähriger ist mutmaßlich unter Drogeneinfluss mit dem Auto seiner Eltern durch Kornwestheim gefahren und auf seiner Flucht gegen einen Streifenwagen gestoßen. Die Beamten darin verletzten sich leicht, wie die Polizei mitteilte. Demnach war eine andere Streifenwagenbesatzung in der Nacht auf das Auto mit dem Jungen aufmerksam geworden, weil der Minderjährige ohne Licht fuhr. Als sie ihn kontrollieren wollten, beschleunigte er und fuhr davon. An einer Kreuzung kollidierte er seitlich mit dem Streifenwagen, der dort mit laufendem Martinshorn und Blaulicht stand. Die Polizei nahm den Teenager und seinen 21 Jahre alten Beifahrer vorläufig fest, der 15-Jährige musste zum Bluttest. *dpa*

Polizist angefahren

STUTTART Nach einem Überholmanöver soll ein Autofahrer in Stuttgart einen Polizisten angefahren haben. Der 27-jährige Beamte wurde laut Polizei von dem Wagen erfasst und flog auf die Motorhaube, blieb aber unverletzt. Zuvor hatte er wegen eines Pannenfahrzeugs den Verkehr geregelt. Der 56 Jahre alte Autofahrer soll über eine durchgezogene Linie in den Gegenverkehr gefahren sein und andere im Stau stehende Autos überholt haben. Am Stauende soll er auf den Polizeibeamten zugefahren sein und ihn trotz Vollbremsung erfasst haben. Die Polizei bittet um Hinweise. *dpa*

Frau stürzt in Fischweier

BODELSHAUSEN Eine Frau hat sich nach einem Sturz in einen Fischweier bei Bodelshausen (Kreis Tübingen) schwer verletzt. Polizeiangaben zufolge war die Spaziergängerin am Dienstagmittag vom Ufer versehentlich ins Wasser gefallen. Ein Zeuge zog sie mit einem weiteren Helfer aus dem Teich und rief die Rettungskräfte. Demnach befindet sich die Frau in einem lebensgefährlichen Gesundheitszustand und sei zur weiteren Behandlung in eine Klinik gefahren worden. *dpa*

650 Bierkästen verloren

FELDBERG Ein mit Bierpaletten beladener Lastwagen hat auf der Bundesstraße 500 im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald mehrere Hundert Bierkästen verloren. Nach ersten Ermittlungen der Polizei war die Ladung nicht ausreichend gesichert und so rutschte ein großer Teil davon in einer Kurve nahe Feldberg von der Ladefläche. Rund 650 Bierkästen beschädigten dabei vier Autos. Menschen wurden nicht verletzt. *dpa*

Landtag ermöglicht strengere Handyregeln an Schulen

STUTTART Die Nutzung privater Handys an Schulen soll in Baden-Württemberg konsequenter reguliert werden. Künftig müssen sich alle Schulen im Südwesten verbindliche Regeln für den Umgang mit den Geräten geben. Der Landtag beschloss eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes. Bislang konnten sich die Schulen über ihre Hausordnung eigene Regeln geben,

waren dazu aber nicht verpflichtet. Das ändert sich nun.

Jede Schule muss verbindlich regeln, wie, wann und ob mobile Endgeräte auf dem Schulgelände genutzt werden dürfen. Die Handynutzung soll reguliert werden, „um Störungen des Unterrichts und des Schulalltags zu verhindern sowie die Entwicklung und das soziale Miteinander der Schülerinnen und

Schüler zu fördern“. Die Regeln sollen sich nur auf die private Nutzung von Smartphones und Co. beziehen, etwa in Pausen oder der Hausaufgabenbetreuung. Die Nutzung eigener Geräte im Unterricht unter Anleitung von Lehrern soll weiter möglich sein. Grundschulen im Land empfiehlt das Kultusministerium, ein striktes Handyverbot in ihre Schulordnungen aufzunehmen. *dpa*

Digital statt Zettelchaos

STUTTART Kistenweise Aktenordner und endlose Zettelberge? In Baden-Württembergs Gerichten gehört das nun weitgehend der Vergangenheit an. Nach Angaben des Justizministeriums sind die letzten Amtsgerichte digital ausgestattet worden – und das Land schließt als erstes Bundesland die vollständige Einführung der elektronischen Akte ab.

Was 2016 am Arbeitsgericht Stuttgart und Landgericht Mannheim begann, endet nun bei allen 108 Amtsgerichten, 17 Landgerichten, beiden Oberlandesgerichten, 17 Staatsanwaltschaften, beiden Generalstaatsanwaltschaften und 25 Fachgerichten. Nach Angaben des Ministeriums arbeiten künftig rund 11 000 Justizmitarbeiter mit elektronischen Akten. *dpa*

Kretschmann würdigt Angela Merkel für Corona-Politik

Der Ministerpräsident verleiht Ex-Kanzlerin Staufermedaille für ihr Krisenmanagement in der Pandemie

Von Nico Pointner

STUTTART Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) für ihren politischen Einsatz während der Corona-Pandemie ausgezeichnet worden. Die 71-Jährige erhielt die sogenannte Staufermedaille in Gold – eine persönliche Auszeichnung des Ministerpräsidenten für Verdienste um das Land Baden-Württemberg und seine Bevölkerung.

Enorm schwierig Merkel stellte die Zeit der Pandemie rückblickend als enorm schwierige Phase ihrer Regierungszeit dar. Nach Finanzkrise, Eurokrise und der Annexion der Krim sei es noch einmal um Grundwerte gegangen. Eigentlich sei die Sache zu Beginn der Pandemie einfach gewesen, sagte Merkel und be-

rief sich auf die wissenschaftliche Sicht und das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen: Kontaktvermeidung. „Leider ist das etwas, was unserem menschlichen Wesen zutiefst entgegensteht“, so die Altkanzlerin. „Wir haben von den Menschen verlangt, sich nicht menschlich zu verhalten.“

Sie hätte nicht gedacht, dass sie 30 Jahre nach dem Fall der Mauer bürgerliche Freiheiten zeitweilig außer Kraft setzen müsse, führte Merkel aus. „Die Pandemie war eine demokratische Zumutung.“ Merkel sagte, sie fürchte manchmal, dass bis heute nicht klar sei, was für ein Glück man gehabt habe mit der relativ zügigen Entwicklung eines Impfstoffes, der nur durch jahrzehntelange Vorarbeit der Wissenschaft möglich gewesen sei. Man habe die Herausforderung relativ gut bewältigen können. Es wiege aber schwer, dass besonders Kinder, Jugendliche

und Ältere hätten leiden müssen. Es sei wichtig, dass das in einer Demokratie untersucht werde. Merkel stellte klar: „Wir haben nicht in einem demokratiefreien Raum gelebt.“ Ein sehr großer Teil der Maß-

nahmen sei von Gerichten nicht verworfen worden.

Klare Führung Kretschmann würdigte Merkel für ihre „entschlossene, umsichtige und klare“ Führung



Die Wertschätzung von Winfried Kretschmann für Altkanzlerin Angela Merkel (links) ist seit langem bekannt. Foto: dpa